



Dirk Müller: www.cashkurs.com Newsletter 187 + 188 / Januar 2012

Die Monetative – Im Gespräch mit Prof. Dr. Huber (Teil 1-3)



19.01.2012 13:00

Teil 2 und 3 sind angehängt

Prof. Dr. Joseph Huber ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle. Zu seinen Schriften zum Thema Geldordnung gehört zuletzt das Buch *Monetäre Modernisierung* (2011). Er ist Mitgründer der Geldreforminitiative monetative.de.

Helmut Reinhardt: Guten Tag Herr Professor Huber. Erst einmal möchte ich Ihnen noch ein glückliches und gesundes neues Jahr wünschen.

Die Krankheit des bestehenden Geldsystems tritt trotz aller Rettungsmaßnahmen immer deutlicher zu Tage. Der Wert des Euro ist im Vergleich zu anderen Währungen gerade deutlich auf Talfahrt. Auch in den Mainstreammedien wird die Überlebensfähigkeit der europäischen Gemeinschaftswährung immer öfter angezweifelt. Selbst die italienische UniCredit hält in ihrem aktuellen Börsenprospekt eine Rückkehr zu den europäischen Nationalwährungen und eine Aufgabe des Euro für möglich. Wie lange werden wir in Deutschland noch mit dieser von vielen Menschen ungeliebten Währung bezahlen können?

Prof. Dr. Joseph Huber: Wenn die Ersetzung auslaufender Euro-Staatsanleihen durch neue Anleihen in den kommenden Monaten einigermaßen gut laufen sollte, besonders hinsichtlich italienischer und spanischer Anleihen, dürfte mittelfristig etwas Ruhe einkehren. Aber längerfristig wird das Thema wiederkehren, weil die zugrunde liegenden Probleme der Überschuldung und der Überakkumulation von Anleihen als Vermögenspapieren nicht bereinigt sind. Die Staatsschuldenkrise ist ja nur das Platzen einer weiteren Überinvestmentblase, einer Asset Inflation in Staatsanleihen, gleich wie in Aktien oder Immobilien, die zuvor bereits geplatzt sind. Wenn die Schuldenerneuerung aber schlecht läuft, dürfte sich eine gewisse Panik ausbreiten, mit dem vermutlichen Resultat, dass die insolventen Staaten die Währungsgemeinschaft doch noch verlassen müssen. Das wird für die betreffenden Länder nicht leichter. Aber es würde den Rest des Euroraumes retten - unter der Voraussetzung, dass man mit Haushaltsdefiziten und permanenter Mehrverschuldung endlich Schluss macht.

Helmut Reinhardt: Herr Professor Huber, warum sollte eigentlich der Staatsbankrott eines einzelnen Landes gleich die Währung von 16 anderen Staaten gefährden?

Prof. Dr. Joseph Huber: Es ist im Prinzip nicht einzusehen, dass ein Staatsbankrott in einem oder zwei Ländern gleich die Währung für die anderen 15-16 Staaten gefährdet. Überhaupt gefährdet ein Staatsbankrott die Währung nicht notwendigerweise, lediglich die Bonität der insolventen öffentlichen Haushalte.

Die Schuldenkrise in den PIIGS-Staaten wurde nur deshalb zur Eurokrise, weil die Politik von Beginn an falsch reagierte, indem sie sich über geltendes Recht in Form des Art. 125 Lissabonvertrag bzw. Art.103 Maastrichtvertrag hinwegsetzte (Verbot für EU-Staaten für die Schulden anderer EU-Staaten zu bürgen) - zum einseitigen Vorteil der Gläubiger. Die Gläubiger sind etwa zur Hälfte Banken, einem guten Drittel Versicherungen und [Fonds](#), und zum kleinen Rest Privatanleger. Sie sollen, außer im Fall Griechenland, nicht 'beteiligt' werden. Das heißt, es soll nicht, wie in solchen Fällen üblich, eine Wertberichtigung der Staatsanleihen am [Markt](#) herbeigeführt oder aber vereinbart werden. Dies führt bei Fortbestehen des faktischen Schuldenbeistandspaktes unweigerlich dazu, dass sich auch die weniger schlecht dastehenden, aber selbst längst überschuldeten Eurostaaten noch tiefer mit hineinreiten. Denn die drastischen Austeritätsprogramme bei 100% Gläubigerschutz und womöglich wuchernden Zinsen treiben die betroffenen Staaten geradewegs in einen ökonomischen Abwärtsstrudel. Das können und sollen, die übrigen Eurostaaten nicht stemmen.

Helmut Reinhardt: Und warum geht man nicht den einfachen Weg, in dem man das tut, was Sie schon lange fordern? Nämlich die Geldschöpfung wieder in die Hände der öffentlichen Hand zurückzugeben. Im Klartext: Warum geht man nicht den Weg der direkten Finanzierung der Staaten durch die [EZB](#) unter Ausschluss der Geschäftsbanken, die gerade wieder mit italienischen und spanischen [EZB-Carry-Trades](#) schöne Gewinne einfahren? Oder anders herum: Wird die Eurokrise vielleicht automatisch dazu führen, dass die Geldschöpfung wieder in die Hände der Bürger und deren Staaten zurückgegeben wird, weil am Ende gar keine andere Möglichkeit bliebe, den Währungs-crash noch zu vermeiden?

Prof. Dr. Joseph Huber: Das liegt erstens an der eingestützten bankingtheoretischen Lehrodoktrin und zweitens an dem daraus hervorgegangenen Art.104.1 Maastrichtvertrag, fortgesetzt im Art. 123.1 Lissabonvertrag, der es den Zentralbanken bzw. der [EZB](#) verbietet, das zu tun, wofür Zentralbanken einmal entstanden sind, nämlich direkt zur Finanzierung des Staatshaushaltes beizutragen. Mit der zweiten Stufe der Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) wurde dieses Verbot am 1. Januar 1994 verwirklicht.

[Vertragstexte von Maastricht \(Auszüge\)](#) [Lissabonvertrag \(Vertrag über die Arbeitsweise der EU \(AEU oder AEUV\)\)](#): [2. Stufe der EWWU \(S. 19 / Absatz 2\)](#)

Helmut Reinhardt: ... und was besagt die bankingtheoretische Lehrodoktrin?

Prof. Dr. Joseph Huber: Die Lehrodoktrin verknüpft einen richtigen und einen falschen Grundsatz. Richtig ist, die Unabhängigkeit der Zentralbanken zu gewährleisten, sowohl gegenüber Begehrlichkeiten von Regierung und Parlament aber auch gegenüber den eigennützigen Interessen der Banken und Finanzmärkte.

Der falsche, und staatsrechtlich absurde Grundsatz besteht darin, die [Zentralbank](#) ausschließlich als eine Bank der Banken aufzustellen, nicht ebenso, und im Zweifelsfall wichtiger, als Bank des Staates. In Verbindung damit ist es ebenso falsch, der [Zentralbank](#) nur noch einseitig die Rolle des Lender of last resort zuzuschreiben, sprich als refinanzierende Feuerwehr, wo sie doch zuerst und vor allem Originator of first instance, also die Geldquelle in erster Instanz ist. Das sollte sie in einer stabilen Geld- und Finanzordnung ausschließlich sein. Moderne Zentralbanken müssen tatsächlich zu einer 'Monetative' werden, in Ergänzung der Legislative, Exekutive und Judikative, also einer unabhängig gestellten monetären Staatsgewalt, die die staatliche Währungs- und Geldhoheit ausübt mit voller Kontrolle über die reale Geldmenge.

Helmut Reinhardt: Auf welchen „Schöpfungsakt“ beruht denn überhaupt unser heutiges Geld und wie begründen Sie Ihre Forderung, die Gewaltenteilung um eine monetative Instanz zu erweitern?

Prof. Dr. Joseph Huber: Moderne Währungen beruhen auf frei geschöpftem chartalem Geld (fiat money), für das der Staat bzw. die [Zentralbank](#) bzw. die Allgemeinheit faktisch bürgt. Davon abgesehen ist Geld ein öffentliches Medium, das in der Zirkulation den jeweiligen Besitzer wechselt. Schon alleine von daher muss frei schöpfbares Geld gesetzliches Zahlungsmittel unter öffentlicher Mengenkontrolle sein, mit zurechenbarer Verantwortlichkeit und dem damit verbundenen hergebrachten Geldregal, also dem Vorrecht der Geldschöpfung und dem Nutzen der Erstverwendung neu zu schöpfenden Geldes bzw. der Realisierung des ungeschmälerten Geldschöpfungsgewinns, der sog. Seigniorage.

Aber mit dem Art. 123.1 AEU haben die Regierungen dieses hergebrachte staatliche Hoheitsrecht faktisch an die Geschäftsbanken abgetreten und sich monetär vom Geschäftsbelieben dieser Banken völlig abhängig gemacht. Ein unerhörter Vorgang.

Helmut Reinhardt: *Läuft es also darauf hinaus, dass die [Zentralbank](#) die Kontrolle über die Geldschöpfung verloren hat ... ?*

Prof. Dr. Joseph Huber: Faktisch läuft es so, dass die Banken soviel Geld schöpfen oder nicht schöpfen wie ihnen gut dünkt, und zwar in Form der Giralgeldschöpfung durch Kreditvergabe. Die [Zentralbank](#) refinanziert jederzeit bereitwillig und billig den Bruchteil an gesetzlichen Zahlungsmitteln, den die Banken dafür, wie überhaupt zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs, noch benötigen. Die Zahlungsreserve gemessen am Giralgeldbestand liegt heute im Durchschnitt bei nurmehr 2 Prozent Bargeld und 6 Prozent unbaren Zahlungsreserven der Geschäftsbanken bei der [Zentralbank](#).

Helmut Reinhardt: *Was ist in Ihren Augen denn so verwerflich an dieser Form der Giralgeldschöpfung durch die Geschäftsbanken?*

Prof. Dr. Joseph Huber: Das staatliche Geldregal aufgegeben zu haben, ist etwa so, als würde der Staat sein öffentliches Ordnungs- und Gewaltmonopol irgendwelchen Privatmilizen übertragen, oder als würde der Staat neben seinen eigenen Gesetzen noch einen anderen Gesetzeskodex gelten lassen, und dem auch noch Vorrang einräumen, so wie er dem Bankengeld Vorrang vor dem eigenen Geld einräumt. Gewiss ist das nicht willkürlich geschehen. Es hat sich so ergeben durch die allgemeine Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im zurückliegenden Jahrhundert. Faktisch hat diese Entwicklung der Macht und Größe der Banken in die Hände gespielt. Aber die Bedeutung dessen wurde nicht angemessen erfasst – weitgehender Kontrollverlust staatlicher Organe, überschießende Geldmengen, Übersteigerung von [Konjunktur](#)- und Börsenzyklen, instabiles Geld und instabile Finanzmärkte, [Inflation](#) und mehr.

Helmut Reinhardt: *Hat man nicht gerade in Deutschland aufgrund geschichtlicher Erfahrungen, - hier meine ich vor allem die noch im kollektiven Gedächtnis präsente Hyperinflation von 1923 und die wertlos gewordene Reichsmark nach Weltkrieg II. – genug Gründe, die Geldschöpfung nicht wieder in staatliche Hände zu überführen?*

Prof. Dr. Joseph Huber: Die deutsche Hyperinflation 1923 ist ein völlig untypischer Sonderfall, der nicht verallgemeinert werden kann, weil er ursächlich nichts mit undiszipliniertem Haushalten zu tun hat, sondern mit dem verzweifelten Versuch, zugunsten normalen Wirtschaftens die Reparationslasten des unhaltbaren Versailler Vertrags zu unterlaufen. Allgemein verhält es sich so, dass [Inflation](#) sowohl von staatlicher Seite, aber ebenso durch überschießende Bankengeldschöpfung hervorgerufen wird. Die Bankingdoktrin lautet, allein staatliche Geldschöpfung sei inflationär, Bankengeldschöpfung dagegen nicht, weil die Geld- und Finanzmärkte effizient seien und von alleine ein 'Gleichgewicht' herstellen würden. Zuletzt nannte man das EMH (efficient market hypothesis). Allen gegenteiligen Erfahrungen zum Trotz gehört das seit bald 200 Jahren zur Bankinglehre. Aber wieder und wieder stellt sich die EMH als das heraus, was sie ist, nämlich eine unreelle Fiktion unter Ausblendung wichtiger Faktoren, insbesondere allerlei Marktasymmetrien und einer prinzipiell unbegrenzten Zufuhr frischen Bankengeldes nach deren Gutdünken. Empirisch und praktisch gesehen wirkt die EMH schon etwas grotesk angesichts der tatsächlichen Instabilität und Volatilität der Finanzmärkte und ihrer weitgehenden finanzkorporativen Vermachtung. Aber wenn etwas schief läuft, wird ein Glaubensadept niemals seine Theologie in Zweifel ziehen, sondern einer Intervention des Leibhaftigen die Schuld zuschieben, hier in Gestalt des Staates, selbst wenn dieser zurückliegend vor allem dereguliert hatte und Politiker, Behörden und Zentralbanken zuletzt fast alles haben tun müssen, was die Banken verlangen

.... wird in Teil 2 fortgesetzt.

Teil 2 (23.1.2012) [Die Monetative – Im Gespräch mit Prof. Dr. Huber \(Teil 2\)](#)

Helmut Reinhardt: *Ist es daher so, dass Geschäftsbanken aufgrund der [Rendite](#)- und Gewinninteressen ihrer Eigner immer dem Zwang unterliegen, gerade in guten wirtschaftlichen Zeiten für starke [Inflation](#) der Geldmenge durch Kreditausweitung zu sorgen, um dann nach einem Platzen der verschiedensten künstlich erzeugten Blasen, die Krise durch eingeschränkte Kreditvergabe noch zu verstärken?*

Prof. Dr. Joseph Huber: Fakt ist, die Geldschöpfung der Banken ist in aufsteigenden [Konjunktur](#)- und Finanzzyklen mindestens so inflationär wie es staatliche Geldschöpfung auf Regierungsgeheiß ungunsten Andenkens gewesen ist. In den 15 Jahren vor Einsetzen der Bankenkrise 2008 wuchs die Wirtschaft in Deutschland real (inflationbereinigt) um etwa 25 Prozent, nominal (mit [Inflation](#)) um 50%, die Geldmenge M1 aber, die zu 80 Prozent aus Giralgeld besteht und faktisch zu 100 Prozent durch Kreditvergaben der Banken induziert wird, wuchs um 190 Prozent. Wo ging diese überschießende Geldschöpfung hin? Sehr einfach, zu 25 Prozentpunkten in Verbraucherpreisinflation, und zu 140 Prozentpunkten in Mengen- und Preisinflation von Wertpapieren, teils auch Immobilien, sprich in die kreditäre Aufhebung von Aktivitäten des Investmentbanking und überhaupt ins Finanzcasino.

Helmut Reinhardt: *... und Staat und Zentralbanken haben daran überhaupt keine Schuld?*

Prof. Dr. Joseph Huber: In gewisser Hinsicht doch. Zum einen, indem Staat und [Zentralbank](#) die inzwischen verbreiteten Bankingpraktiken dulden und sogar unterstützen. Zum anderen steckt hinter Verbraucherpreis- sowie auch Assetinflation heute immer auch das stets erweiterte öffentliche Schuldenmachen, das durch eine überschießende Bankengeldschöpfung finanziert wird. Normalerweise geben die Banken den Regierungen bedenkenlos jeden Kredit, sprich jede Menge Giralgeld, indem ein jeweiliges Bankenconsortium öffentliche Schuldverschreibungen am [Markt](#) platziert, die Banken davon aber auch einen erheblichen Anteil im eigenen [Portfolio](#) behalten. Was der Staat sich selbst verboten hat, das machen nun exklusiv die Geschäftsbanken für den Staat - freilich verzinslich auf Kosten der Staatskasse.

Helmut Reinhardt: *... also sind die Geschäftsbanken doch die Übeltäter ...?*

Prof. Dr. Joseph Huber: Staatsanleihen von OECD-Ländern waren in den zurückliegenden Jahrzehnten ein gutes und sicheres Geschäft, hat der Staat doch den größten Cashflow, sprich Steuern, und das Gewaltmonopol, um Steuern einzutreiben. Um zuletzt aber die überexpandierten Banken zu retten, musste der Staat sich zusätzlich noch einmal so sehr mehr verschulden, dass das die Banken jäh zur verspäteten Einsicht brachte, dass sie sich auch an dieser Front in eine fatale Überinvestition vergaloppiert haben. Die Absurdität der Situation wird auch daran ersichtlich, dass der Staat, um die Finanzinstitute zu retten, sich bei eben diesen Finanzinstituten mehr verschulden muss.

Helmut Reinhardt: *Nochmal die Frage: Wird die Eurokrise vielleicht automatisch dazu führen, dass die Geldschöpfung wieder in die Hände der Bürger und deren Staaten zurückgegeben wird, weil am Ende gar keine andere Möglichkeit bliebe, den Währungscrash noch zu vermeiden?*

Prof. Dr. Joseph Huber: Automatisch wohl nicht, aber wenn nicht diese Systemkrise Anlass gibt, sich auf die monetären Grundlagen der Finanzwirtschaft zu besinnen, was dann? Die aktuellen Krisenstrategien sind entweder Austerität mit Gläubigerschutz, oder Austerität mit Haircut.

(Anm. d. Red.: Austeritätspolitik = Sparmaßnahmen/Kürzungen in Reaktion auf Überschuldung des Staatshaushalts)

Beides beinhaltet Entschuldungskrisen und Bilanzenverkürzung, und darunter haben alle zu leiden. Aber beides ändert faktisch nichts an den Fehlfunktionen der vorhandenen Geldordnung und führt in Mehrjahresabständen auf wechselnden Schauplätzen unweigerlich zu wiederkehrenden Blasenbildungen und Schuldenkrisen. Auch aktuell vorgesehene Maßnahmen wie eine Finanztransaktionssteuer oder erhöhte Eigenkapitalvorschriften nach Basel III werden daran nichts wesentliches ändern. Nur eine solide Geldordnung durch Aufhebung des fraktionalen Reservebanking bzw. der multiplen Giralgeldschöpfung führt aus dieser vermaledeiten Tretmühle heraus.

Helmut Reinhardt: Was also ist erforderlich, um das Geldwesen und die Rolle von Staat, Zentral- und Geschäftsbanken zu erneuern und nachhaltig zum Positiven zu verändern?

Prof. Dr. Joseph Huber: Es geht um eine Reform der Geldschöpfung mit einer klaren Aufgabenteilung zwischen [Zentralbank](#) (Versorgung der Wirtschaft mit Geld) und Banken (Versorgung der Wirtschaft mit Kredit bzw. generell Finanzierungen).

Eigentlich geht es dabei 'nur' darum, heute neuerlich einen Schritt zu tun, der im 19. Jahrhundert im Anschluss an das britische Peel'sche Bankengesetz von 1844 in Europa schon einmal getan worden war. Damals hatten private Banknoten einen ähnlichen, obschon geringeren Stellenwert wie heute Bankengiralgeld, und es gab ähnliche Krisenphänomene wie [Inflation](#) oder Bankenzusammenbrüche mit herben Vermögensverlusten, Kreditklemmen etc. Daran entzündete sich die geldpolitische Kontroverse zwischen der Currency-Schule, die für staatlich kontrollierte Geldschöpfung eintritt, und der Banking-Schule, die für Geldausgabe nach Belieben der Banken eintritt. Das wurde damals zugunsten der Currency-Theorie und des staatlichen Geldregals entschieden. Die Privatbanknoten wurden ausgeschleust zugunsten der heutigen Zentralbanknoten.

Das erlaubte allerdings noch keine vollständige Geldmengenkontrolle, weil der Anteil des Giralgeldes an der Geldmenge M1 schon vor über hundert Jahren bei etwa 30 Prozent lag und bis zum Börsen- und Bankenkrach 1929 weiter zunahm. Nach einer Schreckens- und Verschnaufpause von den 1930er bis Ende der 1970er Jahre ist der Giralgeldanteil heute dann je nach Land auf 80-97 Prozent weiter gestiegen. Und wieder erleben wir einen schweren Systemkollaps.

Helmut Reinhardt: Geschichte wiederholt sich also ... Schlussfolgerung ist demnach: weg mit der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken?

Prof. Dr. Joseph Huber: Ja. Wie damals Privatbanknoten durch Zentralbanknoten ersetzt wurden, muss heute das private Giralgeld der Banken durch vollwertige gesetzliche Zahlungsmittel ersetzt werden, kurz Vollgeld, das ausschließlich von der [Zentralbank](#) in Umlauf gegeben wird. Das Geld wäre sozusagen unerschwindbar, der Zahlungsverkehr in einer Bankenkrise nicht gefährdet, die Geldmenge unter Kontrolle, die Geldversorgung im Konjunkturverlauf verstetigt. Verbraucherpreis- und Assetinflation, sprich Spekulationsblasen, könnten besser gesteuert werden, und der Geldschöpfungsgewinn käme ungeschmälert der öffentlichen Hand zugute, nicht wie heute überwiegend den Großbanken als unverdienter Margenextragewinn aus nur zum geringen Teil vor- oder re-finanzierten Kreditvergaben.

Gesetzliche Voraussetzung bleibt die Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Ausdehnung des Banknotenmonopols auf alle unbaren Zahlungsmittel (Art.16 der ESZ/[EZB](#)-Satzung) sowie die ersatzlose Streichung von Art. 123.1 AEU, der die Banken in quasi-feudaler Weise privilegiert und den Staat in verdrehter Weise von den Banken abhängig und erpressbar macht.

Helmut Reinhardt: Welchen Zeitrahmen würden Sie für eine solche Systemreform veranschlagen?

Prof. Dr. Joseph Huber: Ein solcher Übergang würde sich in etwa zwei bis fünf Jahren vollziehen abhängig von der Restlaufzeit alter Kredite. In dieser Zeit würde der Bestand an Giralgeld ausgeschleust und im Gegenzug zeitgleich durch Vollgeld der [Zentralbank](#) ersetzt. Das ist keine Währungsreform, nur wird Bankengeld zu Zentralbankgeld, reibungslos. Das Geld benutzende Publikum würde das, ohne informiert worden zu sein, nicht einmal bemerken.

Im Euroraum lag der Bestand an Giralgeld zuletzt bei 4.000 Mrd Euro, die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte betrug annähernd 8.000 Mrd Euro. In Deutschland liegt das Verhältnis ähnlich, nämlich bei über 900 Mrd Euro Giro Guthaben und einer öffentlichen Gesamtschuld bei inzwischen 2.100 Mrd Euro. Das bedeutet, allein durch die Überführung von Bankengiralgeld in Zentralbankgeld (Vollgeld) als allgemeinem Zahlungsmittel könnte die derzeit exorbitante Staatsschuld zu einem Drittel bis zur Hälfte abgetragen werden - und das ohne Haircut, ohne [Inflation](#), ohne herbe Einschnitte, ohne Verluste an Arbeitsplätzen und Massenkaukraft. Alleine das müsste der Politik eine solche Reform schon wert sein.

Helmut Reinhardt: Einen Moment, könnten Sie das bitte noch einmal unseren Lesern genauer erklären. Warum sollte die Staatsschuld sinken, nur weil man Bankengiralgeld durch Vollgeld ersetzt? Bedeutet das, dass der Staat Geld über die [Zentralbank](#) drucken lässt, um damit seine Schulden bei den Geschäftsbanken tilgen zu können?

Prof. Dr. Joseph Huber: Also, modernes Geld muss 'gedruckt', sprich urheberschaftlich in Geldkonten eingetragen werden. Die Deckung des Geldes liegt nicht in fabulösen Staatsschätzen oder Ländereien, sondern im laufend erarbeiteten Wirtschaftsprodukt. Daraus, und nur daraus, erwächst die Kaufkraft des Geldes. Die Frage ist, wer das Recht dazu haben soll, das Geld zu 'drucken', wer das unter Kontrolle und zu verantworten hat. Heute faktisch die Banken, dagegen die [Zentralbank](#) nur noch marginal. Aber die Banken werden dieser Verantwortung nicht gerecht und über- oder untertreiben es mit dem Geld. Warum? Weil sie prozyklisch nur an ihren individuellen Geschäftsvorteil denken, und das immer kurzfristiger bei unreellen Renditeerwartungen. Kommerzielle Unternehmen sind so, man soll nicht viel anderes von ihnen verlangen. Aber eben deshalb kann man ihnen auch nicht die gemeinwohlverpflichtete Verantwortung für die Geldschöpfung und die Kontrolle der Geldmenge überlassen.

Wieviel Geld gedruckt wird, sollen nicht die Banken bestimmen, aber auch nicht Regierung oder Parlament, sondern ausschließlich die [Zentralbank](#) als Monetative, sinngemäß analog der Unabhängigstellung der Gerichte. Ein reeller Zuwachs der Geldmenge sollte potenzialorientiert erfolgen, das heißt orientiert am fortlaufenden Wachstumspotenzial der Realwirtschaft plus Gewährleistung hinreichender Mittel für finanzwirtschaftliche Zwecke, etwa ggf. ergänzende Bedarfe zur Vorfinanzierung von Investitionen und erweiterten Transaktionsvolumina. Über die Indikatoren für solche Entscheidungen, vor allem Angebots- und Nachfrageindikatoren an den Geld- und Kapitalmärkten, Preis- und Zinsentwicklung, Binnen- und Außenwirtschaftsentwicklung etc., verfügt die [Zentralbank](#) bereits.

Nach heutigen Größenordnungen würde, konservativ veranschlagt, in Deutschland 1 Prozent Wachstum einen Mehrbedarf an Geld in Höhe von 25-30 Mrd Euro mit sich bringen. 2 Prozent Wachstum würden also 50-60 Mrd Euro an jährlicher Geldschöpfung bedeuten. Diese Mittel kann die [Zentralbank](#) entweder als originäre Seigniorage dem Finanzminister zur Erstverwendung überweisen, oder aber wie bisher dieses Geld, oder einen Teil davon, den Banken verzinslich ausleihen. Daraus entsteht Seigniorage als Zinsgewinn. Wie auch immer, das wäre die reguläre Seigniorage aus der laufenden Geldschöpfung.

Unabhängig davon entsteht aber durch einen Übergang von Giralgeld zu Vollgeld das Umstellungserfordernis, den jetzt vorhandenen Gesamtbestand an Giralgeld in mindestens gleicher Höhe zu ersetzen durch Vollgeld. Es soll ja keine Geld- und Kapitalverknappung eintreten. Daraus fällt im Verlauf von zwei bis fünf Übergangsjahren die einmalige sehr große Substitutionsseigniorage an, von der ich zuvor gesprochen habe, die so groß ist, dass sie eine erhebliche öffentliche Entschuldung erlaubt.

Technisch kann man das in der Weise verstehen, dass bei einem solchen Übergang das bisherige Giralgeld so betrachtet wird, als sei es von vornherein durch die [Zentralbank](#) in Umlauf gebracht worden. Bilanztechnisch gesprochen wird mit dem Übergang von Giralgeld zu Vollgeld aus den "täglich fälligen Verbindlichkeiten" der Banken an ihre Kunden ein gleich hoher Posten "Verbindlichkeiten an die [Zentralbank](#) aus Altkrediten", so lange, bis das abgeschmolzen ist. Die alten Girokonten werden dabei zu neuen Vollgeldkonten mit gleichem Soll und Haben, wobei diese Vollgeldkonten jedoch außerhalb der Bankbilanzen geführt werden. Dadurch ist es den Banken nicht mehr möglich, per Bucheintrag Giralgeld zu schaffen. Die Kunden bekommen durch die Umstellung ihr Geld, genauer gesagt, ihre Geldforderungen an ihre Bank, sozusagen 'ausbezahlt'. Ansonsten bleiben alle Forderungen und Verbindlichkeiten unverändert. Wenn die Kunden ab dann ihre Altkredite tilgen, werden diese Mittel in der Bankbilanz nicht mehr wie bisher gelöscht, sondern es fließt den Banken dann ja als Vollgeld zu – das sie als unverdienten Windfallprofit nicht einfach behalten können. Sie müssen solche Mittel im Rückfluss in Gesamthöhe ihrer alten Giralgeldbestände an die [Zentralbank](#) durchleiten. Die [Zentralbank](#) gibt sofort gleich viel Vollgeld wieder heraus – sei es, wie gesagt, als Überweisung an die Staatskasse zur Erstverwendung, sei es als verzinslicher Vollgeldkredit an die betreffende Bank.

Helmut Reinhardt: Mit Ihren Aussagen widersprechen Sie konsequent den Lehren der Österreichischen Schule, die ein freies Marktgeld fordert und besagt, dass Geld und Zahlungsmittel weder von einer [Zentralbank](#) oder sonstigen Behörde festgelegt werden dürfen, noch die Geld- und Zahlungsmittelmenge zentralistisch mengenmäßig bestimmt sein darf. Der [Zins](#), - als Preis des Geldes – solle sich hierbei frei nach Angebot und Nachfrage entwickeln und dürfe von keiner Institution oder [Zentralbank](#) festgelegt werden, weil nach der Theorie der Österreichischen Schule, keine [Zentralbank](#) oder Geldbehörde jemals den tatsächlichen Kredit- und Geldbedarf in einer Volkswirtschaft wissen, ermitteln oder bestimmen könne. Im übrigen sei der Kampf beispielsweise gegen Deflationen überflüssig, weil es sich hierbei um einen natürlichen marktbereinigenden Prozess handelt. Welche Vorbehalte haben Sie gegen diese Theorie?

... wird in Teil 3 fortgesetzt.

Teil 3 (25.1.2012) [Die Monetative – Im Gespräch mit Prof. Dr. Huber \(Teil 3\)](#)

Prof. Dr. Joseph Huber: Mit dem Begriff der Österreichischen Schule empfiehlt sich Zurückhaltung. Mir scheint das als 'Austrian School' heute mehr zu einem nacherfundenen ultraliberalen Ideologiekonstrukt aus Amerika geworden zu sein. Es wird den Autoren dieser Schule nicht gerecht, am ehesten noch Menger, der seine modellplatonistischen Abstraktionen für wahrer hielt als die wirkliche Welt; oder auch Hayek, wenn man den noch dazurechnen will, was einige ideologisch versteifte Teilaspekte seines Werkes angeht, besonders seine äußerst schlecht begründete Forderung nach einer Entstaatlichung des Geldes. Ironischerweise haben wir das heute ja ziemlich weitgehend, und man sieht, in was für einen Schlamassel ein Banking-Geldregime immer wieder führt.

Ludwig von Mises wiederum, neben Menger wohl der berühmteste 'Österreicher', hat in den 1920er Jahren die multiple Giralgeldschöpfung als ungleichgewichtsträchtiges Problem ausdrücklich thematisiert. Ein anderer 'Austrian style'-Ökonom, der allerdings zur Chicago Schule gehört, war Milton Friedman. Banking-Adepten ist es peinlich, und sie verschweigen es deshalb gerne, dass ausgerechnet er Zeit seines Lebens einer der schärfsten Kritiker des fraktionalen Reservebanking war und er deshalb seit den 1930er Jahren für ein Full-Reserve-System eintrat, das sogenannte 100%-Banking, das dem Vollgeldansatz schon nahe kommt, wie damals auch Irving Fisher, einer der prominentesten liberalen Ökonomen seiner Zeit.

Eine Vollgeldordnung entspricht einer realitätsnahen marktwirtschaftlichen Ökonomik in der Tradition der Currency-Lehren seit Ricardo. Um mich einer älteren Schule zuzuschreiben, sehe ich mich am ehesten in der Tradition des Ordoliberalismus nach Eucken, Rüstow und Röpke. Bereits Alfred und Max Weber, Werner Sombart und Joseph Schumpeter hatten die gesetzlich-rechtsstaatlichen, ordnungspolitischen und institutionellen Voraussetzungen jeder dauerhaft funktionierenden Marktwirtschaft klar erkannt.

Ein Vollgeldsystem ist keine Planwirtschaft, beinhaltet keine Verstaatlichung der Banken und auch nicht noch mehr Regulierung und Bürokratie. Es geht lediglich um eine staatliche Kontrolle der Geldmenge durch die unabhängige geldschöpfende [Zentralbank](#). Sie orientiert sich dabei, wie heute auch, an kurz- und langfristigen Trends von Geldnachfrage und -angebot und damit verbundenen Preis- und Zinsentwicklungen.

Was schließlich die 'natürlichen Marktberichtigungen' angeht, nun ja, sicher, aber nicht selten verbirgt sich dahinter auch ein primitiver Sozialdarwinismus. Eine natürliche [Konjunktur](#)- und Strukturwandeldynamik mit lebhaftem Wettbewerb ist für die ökonomische Entwicklung gut und unverzichtbar. Mit normalen Krisen kommt man zurecht, so ähnlich wie mit normalen Erkrankungen. Aber brachiale Systemkrisen, wie wir gerade eine durchlaufen, sind etwas anderes, denn sie beruhen auf strukturellen Fehlentwicklungen, um im Bild zu bleiben, auf einer monetären und finanzökonomischen Tumorproblematik, die im Rahmen der Allokations- und Verteilungsprozesse immer mehr Produktivität für sich selbst abzapft, den Rest aushungert, und damit das gesamte System gefährdet.

Helmut Reinhardt: In diesem Zusammenhang gleich noch eine weitere Frage: Ist es nicht der [Zins](#) selbst, der als angebliche Konsumverzichtsprämie nicht nur als Inflationsausgleich dient, sondern eben auch originäre Ursache von [Inflation](#) ist? Schließlich liegen die Zinsraten in normalen Zeiten immer über der [Inflationsrate](#), was bedeutet, dass die Geldmenge immer weiter ausgeweitet werden muss, solange Spar- und Vermögensanlagen ständig ausgeweitet und langfristig nicht verkonsumiert werden. Ist es deshalb nicht zwingend nötig, die Nullzinsgrenze des Bargeldes abzuschaffen, um bei einem Überangebot von Geld sicher stellen zu können, dass sich ein freier Marktzens auch im negativen Bereich ergeben kann? Und würde eine Demurrage nicht helfen, zu große, durch [Zins](#) und Zinseszins wachsende Vermögen zu verhindern?

Prof. Dr. Joseph Huber: Zinstheorie und Zinskritik, das wären noch einmal zusätzliche große Kapitel für sich. Um es hier kurz zu machen: Auf absehbare Zeiträume hin sehe ich keine funktionale Alternative zur Zinslenkung der Geld- und Finanzmärkte. In einer Vollgeldordnung stellt die Geldmenge hierbei eine Rahmenbedingung dar. Sie ist aber nicht 'exogen', da sie auf 'endogene' Marktimpulse hin bestimmt wird. Alles andere kann ohnehin 'endogen' verlaufen.

Die Zweckmäßigkeit einer Demurrage, oder sogenannten Umlaufsicherung, oder des Schwundgeldes wie es bei Gesell noch hieß, also einer kontinuierlichen Verrufung der Geldmenge um 6 Prozent pro Jahr, hat sich mir nie erschlossen. Ich kann auch nicht nachvollziehen, inwiefern dieses Instrument eine Antwort auf Probleme der Zinswirtschaft darstellt. Bei Gesell ist der programmierte Geldschwund konjunkturtheoretisch begründet, ausgehend von einer These der Unterkonsumtion wegen Geldhortung. Im Zusammenhang einer systemisch-evolutiven Konjunkturbetrachtung das zu einseitig und ohnehin nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit. Heute steht in fortgeschrittenen Ökonomien viel stärker die Überinvestitions- und Überschuldungs- sowie Überproduktions-Problematik im Vordergrund als das Gegenstück in Form von mangelnder massenkaufkräftiger Nachfrage und noch nicht saturierten Konsumbedürfnissen.

Es gelingt mir einfach nicht, in jemandem, der sein Geld lieber behält statt es auszugeben, einen unbraven Bürger zu sehen, der Geld 'hortet' und damit der Wirtschaft schadet. Wenn ich mein Geld behalten will, behalte ich es. Wenn ich es ausgeben will, gebe ich es aus. Schwankungen der Liquiditätspräferenz spielen in der heutigen Nach-Metallgeldzeit, unter Bedingungen frei schöpfbaren Geldes und einer flexiblen Offenmarktpolitik der Zentralbanken, längst keine so große Rolle mehr wie früher. Verschiedenen Niveaus von Liquiditätspräferenz kann man durch unterschiedliche Geldmengen-Niveaus inflationsneutral Rechnung tragen.

Keynes fand Gesell konjunkturpolitisch interessant, aber nicht geldpolitisch. Keynes' eigene Antwort auf das damalige Konjunkturproblem wegen mangelnder Nachfrage war das staatliche Deficit Spending. Aber wie wir wissen, hat das staatliche Schuldenmachen in der Krise zwar immer stattgefunden, aber in der Hochkonjunktur weniger Staatsquote zu fahren und Schulden zurück zu zahlen, das hat so gut wie nie funktioniert. Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Helmut Reinhardt: Hat der Staat nicht vielmehr ein Einnahme- als ein Ausgabenproblem? Schließlich gibt es genug Ersparnisse, die sich überwiegend in den Händen einer extrem reichen Minderheit ansammeln, aber nicht oder nur unzureichend besteuert werden. Vor kurzem haben sich ja bereits selbst einige Milliardäre über diese Schonung beschwert. Und diese extremen Ungleichgewichte sind keinesfalls nur ein europäisches oder amerikanisches Problem. Die Schere bei der Vermögensverteilung geht weltweit immer weiter auseinander. Die Financial Times Deutschland hat zu diesem Thema gerade einen lesenswerten Bericht veröffentlicht.

[Kapitalismus in der Krise: Milliardäre, aufgepasst!](#)

[Handelsblatt: Deutsche Superreiche wollen höhere Steuern zahlen](#)

[...]Das Beispiel Indien macht mit einer Illusion Schluss: dass der Reichtum der Eliten irgendwann zu den ärmeren Schichten durchsickert. Stattdessen sprudeln die Ressourcen der Armen und der Mittelschicht nach oben und konzentrieren sich auf wenige.[...]

Prof. Dr. Joseph Huber: Der Staat hat beides, ein Ausgabenproblem und ein Einnahmenproblem. 50 Prozent Staatsquote, also öffentliche Gesamtausgaben gemessen am BIP, halte ich politisch-ökonomisch für zu hoch. Die Staatsquote sollte besser bei 40 bis 30 Prozent liegen, die Kapitalquote ebenfalls niedriger, und die Einkommen der privaten Haushalte entsprechend höher. Dass der Staat ein Einnahmenproblem hat, besonders in Form einer zu geringen Basis von Steuer- und Abgabenzahlern aufgrund einer insgesamt zu geringen Erwerbsbeteiligung, außerdem in Form von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit, hat mit einer hohen Staatsquote und dementsprechend hohen Steuer- und Abgabenlasten einiges zu tun.

Was die zuletzt wieder stärker polarisierte Einkommens- und Vermögensentwicklung angeht, kann ich Ihnen nur beipflichten. Das ist eine direkte Folge überschießender Geldschöpfung bzw Wertpapierinflation. Alles muss aus dem laufenden BIP heraus bezahlt werden – Kapitaleinkünfte, Steuern und Arbeitseinkommen. Je größer die Geld- bzw. Wertpapiervermögen im Verhältnis zum BIP werden, desto mehr verschiebt sich die Primärverteilung zugunsten der Kapitaleinkünfte und zulasten der Arbeitseinkommen.

Wenn man das unkorrigiert laufen lässt, wie es seit Jahren der Fall ist, führt es von den Rändern her nach und nach, später beschleunigt, zum Niedergang der Massenkaukraft, dann zu anhaltender Wirtschaftsschwäche, sozialen Unruhen und Schlimmerem. In der Frage, wie man das wieder korrigieren soll, wäre eine stärkere staatliche Komponente der Einkommenspolitik erforderlich, da die Tarifpartner ihre Aufgabe nur für die gut gestellten Kernbelegschaften in der Großindustrie und den Banken erfüllen, im öffentlichen Dienst schon nicht mehr so ganz, und sie im Hinblick auf den großen Rest der Erwerbstätigen versagen. Ein wichtiger Eckwert ist dabei ein allgemeiner Mindestlohn mit deutlichem Lohnabstand zu Sozialtransfers.

Darüber hinaus wäre es zweckdienlich, bei der Einkommens- und der Erbschaftssteuer anzusetzen. Die Einkommenssteuersätze für die obersten 3-5 Prozent der Einkommen sollten nach oben hin stark progressiv zulegen, nicht gegen eine Obergrenze abflachen. Denn es sind vor allem diese sehr hohen Einkommen, welche die Polarisierung bewirken, zulasten der breiten Mittelschichten, die am Produktivitätszuwachs kaum mehr teilhaben, und der unteren Einkommen, die Kaufkraft real verlieren.

Außerdem ist das Erben sehr großer privater Geld- und Wertpapiervermögen problematisch, weil gerade auch das die Vermögens- und Einkommenspolarisierung verstärkt. Mit dem silbernen Löffel in der Hand geboren werden, passt einfach nicht mehr in eine fortgeschrittene, auf dem individuellen Erwerbsprinzip beruhenden Leistungsgesellschaft. Deshalb ist eine hohe Erbschaftssteuer auf Geld- und Wertpapiervermögen einer allgemeinen Vermögenssteuer vorzuziehen. Denn letztere versteuert bereits versteuerte Einkommen laufend weiter und ist damit nicht gerade leistungsgerecht.

Eine private Vermögens- bzw. Eigenkapitalbildung muss sein, schon allein im Sinn einer selbständigen Lebensplanung bzw. Unternehmensplanung. Nur dürfen die Vermögenseinkünfte gegenüber den Arbeitseinkommen nicht überschießen, und sowohl die Einkommens- wie auch die Vermögensverteilung darf gewisse kritische Grenzen der Ungleichverteilung nicht überschreiten. Das ist nicht nur eine Frage der Sozialethik, sondern auch eine Frage der Funktionsfähigkeit und Stabilität von Staat und Wirtschaft.

Helmut Reinhardt: Vielen Dank für diese Antwort, der ich voll zustimmen kann. In der Tat erinnert die heutige Struktur der weltweiten Vermögensverteilung und das angesprochene Erbrecht an den Feudalismus des Mittelalters. Das ein solches Lehnswesen (aktuelles Stichwort: Schlecker) auch den Superreichen letztendlich schadet, wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts mit Hilfe der Guillotine eindrucksvoll bewiesen.

Doch zurück zum Geldwesen: Es ist doch unbestreitbar, dass im heutigen Geldsystem Geld grundsätzlich durch Kredit entsteht. Dadurch ergeben sich die Konsequenzen, dass Guthaben und Schulden sich gegenseitig bedingen. Schulden können also niemals abgebaut werden, ohne dass sich gleichzeitig Guthaben auflösen müssen. Daraus folgt auch, dass wenn alle Schulden getilgt wären, es keine Guthaben und somit auch kein Geld mehr gäbe. Schulden kann man also daher im bestehenden System nicht verteufeln, ohne auch die Existenz von Guthaben in Frage zu stellen.

Wird Geld vielmehr an irgendeiner Stelle innerhalb unseres Wirtschaftssystems angespart, muss ein anderer Wirtschaftsteilnehmer diese Ersparnisse durch Neuverschuldung ausgleichen, da es ansonsten zu einer deflationären wirtschaftlichen Entwicklung käme. Daraus folgt: Werden nicht ausreichend Privatpersonen oder Unternehmen als Neu- und Nachschuldner gefunden, muss der Staat zwingend seine Schulden ausweiten, um eine deflationäre Wirtschaftskrise durch Entzug von Zahlungsmitteln aus der Realwirtschaft zu vermeiden.

Prof. Dr. Joseph Huber: Ja, sicher. Vermögens- bzw. Kapitalbildung beinhaltet in den meisten Fällen, dass man selbst oder jemand anderer sich verschuldet. Forderungen gibt es nicht ohne Verbindlichkeiten. Die Frage ist, wer welche und wie viel davon hat. Ein ausgeprägter Zusammenhang besteht zwischen öffentlicher Verschuldung und privater Vermögensbildung, privat in diesem Fall allerdings weniger bei Privatpersonen als vielmehr bei Banken und anderen institutionellen Anlegern.

Weniger Staatsschuldenquote bedeutet weniger Vermögensbildung durch Erwerb öffentlicher Schuldverschreibungen. Die Geldanleger sind da ambivalent. Eigentlich wollen sie möglichst viele Staatsschulden, um ihr Geld ebenso konservativ wie rentierlich in staatlichen Schuldverschreibungen anlegen zu können. Dabei verlieren sie das Risiko der Überschuldung und des Überinvestments aus den Augen und erwarten dann Garantien von eben jenem Staat, dessen Überschuldung sie finanziert haben. Das ist so nicht hinnehmbar. Wer mit Geldanlagen Geld verdient, muss auch das damit verbundene Risiko tragen und es nicht auf andere abwälzen. Deshalb erscheint mir ein Haircut ebenso fair wie sachdienlich. Denn Austerität ohne Haircut ist nicht nur sehr hart, sondern bezüglich der Lastenverteilung auch ungerecht. Sparpolitik mit Haircut ist für die Allgemeinheit weniger schlimm und etwas gerechter.

Helmut Reinhardt: ... doch auch wenn diese Geldmengenausweitung im Rahmen einer monetären Staatsgewalt, einer Monetativen, geschähe, würde es nichts daran ändern, dass sich immer mehr [Kapital](#), nicht nur durch [Zins](#) und Zinseszins, sondern vor allem durch Marktvermachtung (Aldi, Lidl, Metro, etc.) in den Händen einer geringen Minderheit der Bevölkerung ansammelte. Zwangsläufig muss doch dieser ständige Geldvermögenszuwachs, der renditeträchtige Geldanlagen an den Finanzmärkten sucht, zwangsläufig zu verschiedensten Blasen an eben diesen Märkten führen.

Das derzeitige System hat zu einer unvorstellbaren Vermögensallokation in den Händen einer Minderheit geführt, wobei z. B. am größten [Markt](#) der Welt, dem Devisenmarkt täglich ca. ein Volumen von drei Billionen US-Dollar gehandelt wird.

Glauben Sie wirklich, dass allein die Einführung einer vierten Gewalt in Form der Monetative diese Ungleichgewichte beheben könnte? Oder sehen Sie vielleicht gar kein Problem in diesen weltweiten Ungleichgewichten?

Prof. Dr. Joseph Huber: Diese Ungleichgewichte sind ein Problem und wir haben ja gerade über weitergehende Fragen der Finanzmarkt-, Fiskal-, Einkommens- und Vermögenspolitik gesprochen. Mit einem Übergang von Giralgeld zu Vollgeld und der Aufstellung der Zentralbanken als einer Monetative haben diese Fragen direkt zwar nichts zu tun. Indirekt aber schon. Es gibt keine Maßnahme für alles. Aber es gibt Maßnahmen, die grundlegender und in ihren Auswirkungen weitreichender sind als andere. Monetative und Vollgeld können andere, spezifischere Maßnahmen bezüglich der Finanzmärkte, der öffentlichen Haushalte usw. zwar nicht erübrigen. Wohl aber lässt sich sagen, dass alle solche Maßnahmen ohne eine Reform der Geldordnung auf Dauer wenig bis nichts fruchten. Denn es ist die Geldordnung, die die Finanzwirtschaft konditioniert und kontrolliert, ebenso wie konkrete Finanzierungen realwirtschaftliche Aktivitäten konditionieren und kontrollieren.

Helmut Reinhardt: Herr Professor Huber, vielen Dank für das Gespräch, Ihre Zeit und die umfassenden Antworten zu meinen Fragen.